

Externe Unterrichtsmaterialien als großes Problem für die Qualitätssicherung des Politikunterrichts

Markus Gloe

1. Das Problem

In 13 der 16 Bundesländer werden Schulbücher intensiv zum einen durch die kultusministerielle Bürokratie, zum anderen zusätzlich zum Teil auch durch externe Gutachter_innen geprüft, bevor sie offiziell zugelassen und in der Schule eingesetzt werden dürfen. Dabei gibt es genaue Vorgaben, die darauf abzielen, dass Schüler_innen nicht beeinflusst werden. Es wird auf eine ausgewogene Darstellung geachtet und es werden zumindest die ersten beiden Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses – Überwältigungsverbot und Kontroversitätsgebot – zur Richtschnur gemacht. Darüber hinaus wird darauf geachtet, dass in den Schulbüchern keine Werbung enthalten ist. So dürfen zum Teil Namen von Firmen in Fällen aus der Lebenswelt der Jugendlichen nicht genannt werden und es müssen ggf. fiktive Namen verwendet werden, obwohl für alle offensichtlich ist, was gemeint ist. Auch auf YouTube-Videos darf zum Teil nicht verwiesen werden, auch wenn Schüler_innen diese selbst häufig als Informationsquelle in ihrer Freizeit heranziehen. Ein kritischer Umgang mit solchen

Medien und eine Prüfung der Angebote durch die Schüler_innen selbst kann nur an realem Material geübt werden und ist zur Förderung der Medienkompetenz notwendig. Die Mehrheit informiert sich zu politischen Themen inzwischen online, am häufigsten werden Nachrichten-Websites oder News-Portale genutzt (20 Prozent), viele verweisen zudem auf Social-Media-Angebote wie Messenger-Apps (14 Prozent) oder YouTube (9 Prozent). Internet und Soziale Medien haben den klassischen Medien im Bereich der gezielten politischen Informationsquellen unter Jugendlichen (Albert u.a. 2019: 14). längst den Rang abgelaufen Das ist dramatisch, denn digitale Echoräume in sozialen Medien verleiten Kinder und Jugendliche dazu, Einstellungen und angebliche Fakten nicht mehr kritisch zu hinterfragen und Vorannahmen unreflektiert zu bestätigen. In einer Studie der Stanford History Education Group (2017) hatten Jugendliche erhebliche Schwierigkeiten, seriöse Nachrichtenmeldungen im Netz von Werbeanzeigen oder tendenziösen Meldungen aus Quellen mit Eigeninteressen zu unterscheiden.

Eine solche Prüfung gib es für externe Materialien nicht. Eine Studie der Universität Augsburg



Markus Gloe

Professor für Politische Bildung und Didaktik der Sozialkunde/Politik & Gesellschaft am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München

burg, allerdings schon aus dem Jahr 2012, ergab, dass mehr als 850.000 Unterrichtsmaterialien online zugänglich sind (Matthes/Fey 2015). Die Zahl dürfte mittlerweile deutlich angestiegen sein. Vor allem während der Corona-Pandemie sind zahlreiche neue Materialien ins Netz gestellt worden. Lehrer_innen waren dankbare Abnehmer_innen in der belasteten Situation der Umstellung auf Homeschooling. Weitere Gründe für den Einsatz solcher Materialien sind gesunkene Schulbudgets und begrenzte Kopierkontingente, aber auch der Wunsch, den Unterricht individualisiert und differenziert durchführen zu können.

Dies ist vor allem dann für die Qualitätssicherung von Unterricht ein Problem, wenn solche ungeprüften Materialien von Akteur_innen in die Schulen gebracht werden, um wirtschaftliche Eigeninteressen und/oder eine politisch-ideologische Mission zu verfolgen und wenn sie einseitige, manipulative Darstellungen enthalten, wie in wissenschaftlichen Untersuchungen nachgewiesen wurde (z.B. Engartner/Krisanthan 2016, Engartner 2019, vzbv 2014). Als „Kampf um die Köpfe der Kinder“ hat Reinhold Hedtke es bezeichnet. Es „werden bestimmte Denkweisen, Sichtmuster und Perspektiven verbreitet, die sich immer mehr bei den Schülern als scheinbar unumstößliche Fakten festfressen. Und man tut so, als gäbe es nichts Wichtigeres als betriebswirtschaftliche Prozesse und Sichtweisen“ (Hedtke zit. nach Balsler/Ritzler 2018, 280). LobbyControl definiert Lobbyismus an Schulen wie folgt: „Von Lobbyismus an Schulen sprechen wir [...] dann, wenn politische Ansichten vermittelt werden und direkt oder indirekt die Politik bzw. das politische Klima in der Gesellschaft Ziel der Aktivitäten ist. Dabei kann es sowohl um eine inhaltliche Einflussnahme als auch um die Verbesserung des eigenen Images gehen. Meinungsmache an Schulen ist in diesen Fällen Teil einer erweiterten Lobbystrategie“ (LobbyControl 2018, 12). Auch wenn Lobbyismus, auch wenn sprachlich negativ konnotiert, an sich legitim ist, bleibt die Frage, ob er an Schulen legitim ist. Schüler_innen sind noch nicht in der Reflexionsfähigkeit so geschult, dass sie eine solch verdeckte Einflussnahme entlarven und von sich aus thematisieren.

Tim Engartner, der wohl profilierteste Kollege aus unserer Fachcommunity in Bezug auf Lob-

byismus in Schule und Hochschule, hatte 2019 in einer Studie für die Otto Brenner Stiftung die Lehr- und Lernmaterialien aller deutschen DAX-Konzerne untersucht (Engartner 2019). Aus seiner Sicht befördert der am 15. März 2019 beschlossene Digitalpakt nicht nur den Einfluss der großen Digitalkonzerne wie Amazon, Apple, Google, Microsoft und Samsung, sondern auch die Lobbyaktivitäten der DAX-Unternehmen. 20 von 30 Dax-Unternehmen boten entsprechendes Unterrichtsmaterial an (Engartner 2019, 5). Das Ziel ist es, neue Kund_innen zu gewinnen, ihr Image aufzubessern, Personal zu rekrutieren oder arbeitgeberfreundliche Weltbilder zu propagieren“ (Engartner 2019, 4). Dafür hat sich der Begriff des Deep Lobbying etabliert (Kamella 2019, 42). Deep Lobbying „zielt darauf ab, mit langfristigen Strategien die Einstellungen, Stimmung und Diskurse in der Bevölkerung und der politischen Elite zu beeinflussen und in eine bestimmte Richtung zu lenken“ (Duffy 2021). Die Zielgruppe für solche Unternehmen ist enorm groß: 10,9 Millionen Schüler_innen besuchen das allgemeinbildende und das berufsbildende Schulwesen.

Neben den Materialien bieten die Unternehmen und ihnen nahestehenden Stiftungen auch Lehrer_innenfortbildungen und Schülerwettbewerbe an. Dabei kommt natürlich das eigene Material zum Einsatz, und die Lehrer_innen werden zu Botschafter_innen der Unternehmen. Noch einen Schritt weiter gehen Firmen bzw. Stiftungen, die Fortbildner_innen als Lehrpersonen in die Schulen schicken. Hier geben Lehrer_innen das Heft des Handelns völlig ab und können die Materialien nicht einmal mehr entsprechend einordnen oder mit weiteren Materialien kontrastieren.

2 Die Folgen

Die zunehmende Verbreitung externer Unterrichtsmaterialien, die von Lobbyisten, Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und anderen Organisation erstellt und verbreitet werden, ist weiterhin ein großes Problem für die Qualitätssicherung des Unterrichts. Das gilt insbesondere für die gesellschafts- und sozialwissenschaftlichen Fächer. Denn politische Bildung zielt darauf, Schüler_innen auf dem Weg zu mündigen Bürger_innen zu

begleiten. Politische Bildung will die „Fähigkeit [fördern] und die Bereitschaft [evozieren], sich in den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ordnungen zu orientieren, sie einschließlich ihrer Zwänge und Herrschaftsverhältnisse nicht ungeprüft hinzunehmen, sondern sie auf ihren Sinn, ihre Zwecke und Notwendigkeiten hin zu befragen und die ihnen zugrunde liegenden Interessen, Normen und Wertvorstellungen kritisch zu prüfen“ (Reinhardt 2014, 18). Das geht nur mit entsprechenden Materialien, die transparent gekennzeichnet sind.

Für Tim Engartner geht mit den tendenziösen Materialien eine „schleichende Privatisierung des Lehrplans [einher], wenn Unternehmen nicht nur die Themen, sondern auch die Perspektiven darauf (mit)bestimmen“ (Engartner 2019, 1). Damit verlieren schulische Bildungsinhalte auch ihre demokratische Legitimation.

3. Was ist zu tun?

Um das Problem und seine Folgen zu bearbeiten, müssen Akteur_innen auf verschiedenen Ebenen aktiv werden.

3.1 Die Kultus-, Unterrichts- und Bildungsministerien in den Bundesländern

Die zuständigen Ministerien in den Bundesländern müssen sich der Problematik annehmen. Neben einem generellen Werbeverbot für Unternehmen an Schulen müssen Vorgaben für eine entsprechende Transparenz bei Unterrichtsmaterialien erlassen werden. Bereits 2014 hat der Bundesvorstand der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) alle für Bildung zuständigen Ministerien in den Bundesländern nachdrücklich auf diese Problematik aufmerksam gemacht. Zugleich hat die DVPB den DVPB-Transparenzkodex vorgestellt, der praktische und praktikable Mindeststandards zur Erhöhung der Transparenz hinsichtlich der Akteur_innen hinter den externen Unterrichtsmaterialien vorsieht. Die DVPB hatte empfohlen, die Regeln dieses Kodex in den Bundesländern umzusetzen, und im Jahr 2015 noch einmal daran erinnert.

Zumindest in Bayern, aber auch in vielen anderen Bundesländern, ist in dieser Hinsicht nicht viel passiert. Auf Nachfrage im Jahr 2019 hat der bayerische Staatsminister für Kultus und Unterricht, Prof. Dr. Piazzolo (Freie Wähler) der Analyse zwar grundsätzlich zugestimmt. Für Bayern sah er aber keinen weiteren Handlungsbedarf. Zum einen würden für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer qualitativ hochwertige, lehrplan-konforme Unterrichtsmaterialien für alle Schularten und Schulformen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus würden auf mebis, dem Internetportal des bayerischen Kultusministeriums, dem vom Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) betreuten Online-Plattformen (z.B. www.politische_bildung.schulen.bavarn.de oder www.historischesforum.bayern.de), in den fachbezogenen Informationsbriefe des ISB und im Rahmen von Lehrer_innenfortbildungen (z.B. der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen) oder durch die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit weitere qualitätsgeprüfte Materialien bereitgestellt bzw. empfohlen werden. Allerdings stünde es den Lehrer_innen selbstverständlich frei, weiteres Unterrichtsmaterial einzusetzen. Damit schiebt man die Verantwortung den Lehrer_innen zu, die ohnehin schon reichlich belastet sind. Die Notwendigkeit eines entsprechenden Monitorings streitet der bayerische Minister ab und hält es auch aufgrund des Verwaltungsaufwands nicht für durchführbar. Aber um das sinnvolle Anliegen des DVPB-Transparenzkodex zu stützen, sicherte das Staatsministerium zu, alle Multiplikatoren in der zweiten Phase der Lehrer_innenbildung in den genannten gesellschaftswissenschaftlichen Fächern an Mittelschulen, Realschulen und Gymnasien bzw. für die allgemeinbildenden Fächer an den beruflichen Schulen auf den Transparenzkodex hinzuweisen. Die Forderung nach einer gesetzlichen Transparenzpflicht – wie im Transparenzkodex der DVPB Bund gefordert – bleibt also bestehen und muss weiterhin mit Nachdruck vertreten werden. Die Verantwortung darf nicht einfach den Lehrer_innen zugeschoben werden. Die einzelnen Bundesländer sind aufgefordert, einen entsprechenden Erlass umzusetzen. Neben einem öffentlichen Register, mit Hilfe dessen jederzeit nachvollziehbar ist, welche Unternehmen, Verbände

und Stiftungen in Schulen aktiv sind und was sie dort machen, wird eine unabhängige bundesweite Monitoringstelle für Unterrichtsmaterialien benö-

tigt, die frei zugängliche Unterrichtsmaterialien prüft und bewertet.

Der „DVPB-Transparenz-Kodex für Unterrichtsmaterialien“ im Wortlaut
(Beschlussfassung des DVPB-Bundesvorstands vom 24. Februar 2014)

Präambel

Die Produktion und Verbreitung von meist kostenlos angebotenen Unterrichtsmaterialien durch Dritte wie Unternehmen, Stiftungen, Verbände, Vereine, soziale Bewegungen und Interessengruppen aller Art hat sich in den letzten Jahren massiv ausgeweitet.

Schulen, Lehrkräfte und Lernende sehen sich nicht nur mit einer schier unüberschaubaren Vielzahl von Angeboten konfrontiert. Vielmehr wächst auch der Druck, den hinter diesen Materialangeboten stehen den organisierten Interessen durch Themenwahl, Materialeinsatz oder Einladung Externer in die Schule und in den Unterricht nachzugeben.

Einerseits spricht grundsätzlich wenig dagegen, sich mit Lehr-Lern-Materialien, die Dritte den Schulen anbieten, im Unterricht kritisch auseinanderzusetzen. Um eine distanziert reflektierte Grundhaltung und ein Gespür für die allgegenwärtigen Einfluss- und Manipulationsversuche entwickeln zu können, müssen die Lernenden Kompetenzen erwerben, diese am konkreten Gegenstand auf zu decken, dahinter stehende Strategien zu durchschauen und sich dagegen zu schützen. Dies gelingt nur durch den methodisch angeleiteten Umgang damit.

Andererseits sind die finanziellen und personellen Ressourcen, die Machtpotenziale und die Zugangschancen zu Politik und Massenmedien sehr ungleich verteilt. Dies zieht auch eine strukturelle Asymmetrie hinsichtlich der Einflussnahme gesellschaftlicher Gruppen und Lobbyorganisationen auf das Bildungssystem nach sich, die sich im Materialangebot manifestiert. Während die einen über keinerlei Mittel und Personal verfügen, stehen anderen Millionenbeträge und professionelle Lobbyisten zur Verfügung. Deshalb brauchen die Lernenden die Informationen darüber, wer ein Angebot in Verkehr bringt und wer es finanziert, beispielsweise über einen Direktlink zu Finanzierungsdaten auf der Homepage der anbietenden Organisation. Schließlich gehört es zum professionellen Selbstverständnis von Lehrerinnen und Lehrern, dass sie in ihrem Unterricht pluralistische Mindeststandards einhalten. Was in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik strittig oder was in den Wissenschaften kontrovers ist, präsentieren sie als strittig und kontrovers in ihrem Unterricht.

Sie garantieren unabhängig davon, dass die Lernenden ihre eigenen gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Interessen vortragen, verfolgen und weiterentwickeln können.

Sie unterstützen sie beim Erwerb von Kompetenzen, die ihre individuelle kognitive, emotionale, evaluative und pragmatische Autonomie schützen und erweitern.

Vor diesem Hintergrund sollen einige Regeln ein Mindestmaß an Transparenz über die Akteure hinter den für den Unterricht produzierten externen Materialien sichern. Lehr-Lern-Materialien, die diese Regeln nicht beachten, sollen in Schule und im Unterricht nicht verwendet werden. Alle Lehrkräfte sollen über den Transparenz-Kodex informiert werden.

Transparenz-Kodex für Unterrichtsmaterialien

1. In Schule und Unterricht verwendete Materialien Dritter müssen im Impressum nicht nur die Herausgeber, sondern auch die Finanzierungsquellen sowie die Herstellung und Vertrieb unterstützenden Organisationen angeben.
2. Sofern dies aus Platzgründen als nicht praktikabel er scheint, muss das Material einen direkten Link zu einer Webseite mit diesen Informationen enthalten.
3. Wird eine Organisation wie z.B. ein Verein, eine Stiftung oder ein Institut als Förderer oder Finanzier angegeben, sind auch deren Geldgeber explizit, vollständig und leicht auffindbar zu nennen.
4. Die Autorinnen und Autoren des Materials sind ebenso zu nennen wie ggf. ihre Zugehörigkeit zu einer Organisation.

Die DVPB fordert die Bildungsministerien der Länder auf, diesen Regeln entsprechende Vorgaben zu erlassen.

Außerdem muss der Anteil an fachfremd Unterrichtenden drastisch reduziert werden. Der Erwerb der entsprechenden Fakultas sollte die Voraussetzung dafür sein, das Fach zu unterrichten.

Nur so kann sichergestellt werden, dass die domänenspezifischen Standards auch im Unterricht eingehalten werden.

Zudem sollte in allen Lehrplänen das Thema Lobbyismus exemplarisch an Unterrichtsmaterial verankert werden (vgl. Schulz 2018), damit Schüler_innen auf diese Versuche von Einflussnahme vorbereitet werden.

Nicht zuletzt müssen Schulen mit ausreichendem Etat für staatliche geprüfte Schulbücher ausgestattet sein oder es muss das Angebot an staatlich geprüften Materialien, die z.B. über die Landeszentralen für politische Bildung zur Verfügung gestellt werden, ausgebaut werden.

3.2 Die drei Phasen der Lehrer_innenbildung

Aber das reicht nicht. Das Thema Lobbyismus muss darüber hinaus verpflichtend in allen Phasen der Lehrer_innenbildung, aber vor allem als Bestandteil der Ausbildung in der ersten und zweiten Phase verankert werden. Die (künftigen) Lehrer_innen müssen für die unterschwellige Einflussnahme sensibilisiert werden und lernen solche Materialien bei der Auswahl zu erkennen. Dazu eignet sich das Analyseraster von Engartner mit den Dimensionen Methodologie, Perspektiven und Einstellungen. In der Dimension Methodologie müssen die Materialien problemorientiert, multidisziplinär, polyparadigmatisch, induktiv und empirisch, in der Dimension Perspektiven schüler- und lebensweltorientiert, kontextualisiert und handlungsorientiert und in der Dimension Einstellungen wertoffen, pluralistisch, kritisch-reflexiv und veränderungsorientiert sein (Engartner 2019, 13). Auch für eine Prüfung der Interessen bei Kooperationen mit außerschulischen Partner_innen müssen die angehenden Lehrer_innen vorbereitet werden.

Alle Lehrer_innen sind aufgefordert, öffentlich auf unzulässige Einflussnahme an Schulen aufmerksam zu machen. Damit unterstützen sie zum einen Kolleg_innen, zum anderen kommen sie ihrem Schutzauftrag nach, den sie gegenüber den Schüler_innen haben. Dazu müssen in allen Phasen der Lehrer_innenbildung Handlungsstrategien erprobt werden, wie Lehrer_innen im Fall der Konfrontation mit entsprechendem Material oder Personen, die als Vertreter_innen der Lobbyisten den Unterricht nutzen wollen, reagieren können und sollten – sowohl als Einzelne als auch

als Schulgemeinschaft. Die einzelnen Lehrer_innen brauchen vor Ort in den Schulen eine entsprechende Unterstützung durch die Kolleg_innen und die Schulleitung.

3.3 Die Wissenschaft

Auch wir als Wissenschaftscommunity der politischen Bildung bleiben aufgefordert, uns des Themas selbst anzunehmen und die Manipulationsversuche und Einflussnahmen wachsam zu verfolgen. Zum einen haben auch die Versuche an den Hochschulen zugenommen, Einfluss auf Forschung und Lehre zu nehmen (Balsler/Ritzler 2018). Neben der Forschungsförderung durch Unternehmen wird auch in unserem Bereich angefragt, ob Unterrichtsmaterial den künftigen Lehrer_innen in einzelnen Sitzungen vorgestellt werden könnte, oder auch angeboten, dass ganze Seminare übernommen werden könnten. In Zeiten einer knappen Personalausstattung von Lehrstühlen und Lehreinheiten der politischen Bildung könnte man verleitet sein, nach einem solchen Angebot zu greifen. Zum anderen müssen wir das Thema zum Inhalt in unseren Lehrveranstaltungen machen und angehende Lehrer_innen so für die Einflussnahme durch Unternehmen, Vereinen und Stiftungen zu sensibilisieren (s.o.).

Darüber hinaus sind Schulbücher, obwohl in vielen deutschen Schulen immer noch tagtäglich mit ihnen gearbeitet wird, in der politikdidaktischen Forschung bisher eher stiefmütterlich behandelt worden. Wissenschaftler_innen, die an der Entwicklung und Erstellung von Schulbüchern mitwirken und damit die wissenschaftlichen Erkenntnisse für die Schulpraxis nutzbar machen wollen, müssen sich manchmal sogar dafür rechtfertigen. Joachim Kahlert, der ehemalige Inhaber des Lehrstuhls für Grundschulpädagogik und ihre Didaktik, hat immer wieder kritisiert, dass Schulbucharbeit als wissenschaftlich minderwertig angesehen werde und man dafür in Berufungskommissionen schon mal diskreditiert werde (Kahlert 2008). Dabei sind wir aufgefordert, wissenschaftliche Erkenntnisse für das Handlungsfeld Schule verfügbar zu machen. Deshalb sollten wir in Zukunft auch auf didaktische Entwicklungsforschung setzen, Unterrichtsmaterialien entwickeln

und erproben und im Sinne des Design-Based-Research-Ansatzes verbessern.

Nicht alle externen Materialien sind schlecht. Es gilt, die Materialien und die Kooperationsangebote genau darauf zu prüfen, welche Interesse dahinter stecken. Aber nur, wenn alle oben skizzierten Maßnahmen gegen Lobbyismus in der Schule ergriffen werden, kann sich eine „mit dem Humboldtischen Bildungsideal ausgerüstete Phalanx aus Lehrkräften, Schulleitungen[, Wissenschaftler_innen] und Bildungspolitikerinnen und -politikern“ (Engartner 2019, 2) gegen den Lobbyismus in der Schule bilden.

Quellen

- Albert, Mathias/ Hurrelmann, Klaus/ Quentzel, Gudrun (2019): Jugend 2019. – 18. Shell Jugendstudie: Eine Generation meldet sich zu Wort. Weinheim.
- Balsler, Markus/ Ritzer, Uwe (2018): Lobbykratie- Wie die Wirtschaft sich Einfluss, Mehrheiten, Gesetze kauft. München (EBook).
- Duffy, Felix (2021): Gericht stärkt Kampf gegen Lobbyismus an Schulen. Online: <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-an-schulen/gericht-staerkt-kampf-gegen-lobbyismus-an-schulen-87055/> (zuletzt: 1.10.2022).
- Reinhardt, Sibylle (2014): Politikdidaktik. Praxis- handbuch für die Sekundarstufe I und II. Berlin.
- Engartner, Tim (2019): Wie DAX-Unternehmen Schule machen. Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus. Frankfurt/M. online: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/wie-dax-unternehmen-schule-machen/> (zuletzt: 1.10.2022).
- Engartner, Tim/ Krisanthan, Balasundaram (2016): Lobbyismus an Schulen. Wie privatwirtschaftliche Initiativen die „Öffnung von Schule“ (aus)nutzen. In: Dust, Martin/ Lohmann, Ingrid/ Steffens, Gerd (Hrsg.): Events & Edutainment. Jahrbuch für Pädagogik 2016, Frankfurt/M., 197-210.
- Hedtke, Reinhold (2015): Mein Wohl als Gemeinwohl. Lobbyismus in der ökonomischen Bildung. In: Spieker, Wolfgang (Hrsg.): Ökonomische Bildung : zwischen Pluralismus und Lobbyismus. Tutzinger Schriften zur politischen Bildung. Schwalbach/Ts., 127-172.
- Kahlert, Joachim (2008): Schulbücher schreiben gehört sich nicht! Gastbeitrag. In: Welt am Sonntag, Nr. 10, 9. März 2008.
- Kamella, Felix (2019): Lobbyismus an Schulen – Eine Einführung. In: Politisches Lernen 1-2/2019, 42-44.
- LobbyControl (2018): Lobbyismus an Schulen. Einflussnahme auf den Unterricht und was man dagegegnunehmen kann. 4. Auflage, Köln.
- Matthes, Eva/ Fey, Carl-Christian (2015): Unterrichtsmaterialien von Unternehmen und Vereinen. In: Pädagogik 10/2015, 44-47.
- Schulz, Detlev (2018): Lehrmaterialien zur Korruptions- und Lobbythematik für den Schulunterricht. In: Wolf, Sebastian/Graeff, Peter (Hrsg.): Korruptionsbekämpfung vermitteln. Didaktisch, ethische und inhaltliche Aspekte in Lehre, Unterricht und Weiterbildung, Wiesbaden, 197-213.
- Stanford History Education Group (2017): Evaluating Information: The Cornerstone of Civic Online Reasoning. Executive Summary. Verfügbar unter: <https://sheg.stanford.edu/upload/V3LessonPlans/Executive%20Summary%2011.21.16.pdf> (zuletzt: 1.10.2022).
- vzbv (2014): Unterrichtsmaterial unter der Lupe. Wie weit geht der Lobbyismus in Schulen? Eine Qualitätsanalyse von Lehrmaterialien verschiedener Anbieter und Interessensvertreter des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv). Berlin. Verfügbar unter: https://www.verbraucherbildung.de/sites/default/files/downloads/2014-01-30_unterrichtsmaterialien_unter_der_lupe_korr.pdf (zuletzt: 1.10.2022)